

# Auszug aus der Niederschrift

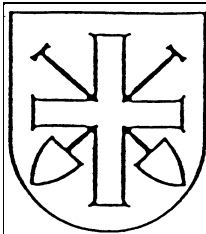
## über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderates

am Montag, 17. Dezember 2012

### Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderates vom 26.11.2012
3. Mitte Zentrum Bahnhofsring  
Beschluss über die Verlegung der Ver- und Entsorgungsleitungen  
Auftragsvergabe Planungsbüro
4. Bauanträge
  1. Anbau einer Lagerhalle, Karlsruher Straße 98
  2. Neubau von Dachgauben und Balkon, Wiesenstraße 17
5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung
6. Verschiedenes
7. Wünsche, Anregungen, Anträge und Beschwerden

Die näheren Erläuterungen ergeben sich aus den folgenden Sitzungsvorlagen.



# Sitzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

17.12.2012

GR - 12/21

022.31

N 1.

Titel; Thema **Bürgerfragestunde**

## a) Verfahrensfreier Garagenbau

Ein Bürger wies darauf hin, dass im Bereich Wiesenstraße/Ecke Wendelinusstraße eine Garage errichtet wurde, die in den Gehweg hineinragt und ihm diesbezüglich auf entsprechende Anfrage mitgeteilt wurde, dass es sich hierbei um ein verfahrensfreies Bauwerk handelt, das baurechtlich nicht zu beanstanden sei. Diese seinerzeitige Aussage der Verwaltung trifft nach Auffassung des Bürgers nicht zu und hätte durch den Erlass einer entsprechenden Satzung verhindert werden können.

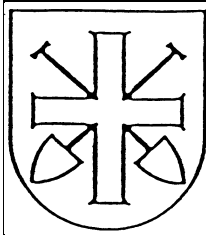
Der Bürgermeister stellte diesbezüglich fest, dass ‚verfahrensfrei‘ lediglich besagt, dass kein förmliches, baurechtliches Verfahren erforderlich ist, wobei jedoch baurechtliche Vorschriften einzuhalten sind. Aus baurechtlicher Sicht sprach nichts gegen die Errichtung dieser Garage.

## b) Mitte Zentrum/Bahnhofsring Errichtung eines Lebensmittelmarktes / Konkurrenzsituation zum CAP-Markt

Der Bürgermeister teilte auf den Hinweis eines Bürgers, wonach die Errichtung eines weiteren Einkaufsmarktes im Bereich Mitte Zentrum/Bahnhofsring aus seiner Sicht nicht erforderlich sei und dem vorhandenen CAP-Markt im Hinblick auf den Warenumsatz Schaden könnte, mit, dass bzgl. der künftigen Bebauung des Baugebiets Mitte von einem möglichen Investor die Errichtung eines Einkaufsmarktes vorgeschlagen wurde. Hierbei handelt es sich lediglich um einen Vorschlag für eine mögliche Bebauung. Über die spätere tatsächliche Bebauung wurde bisher vom Gemeinderat noch keine Entscheidung getroffen. Des Weiteren wurde vorgeschlagen, anstelle eines Einkaufsmarktes im Bereich Mitte kleinere Einzelhandelsgeschäfte, einen Bürgerpark oder weitere Fachärzte anzusiedeln. Der Bürgermeister stellte in diesem Zusammenhang fest, dass die Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften insbesondere aus wirtschaftlicher Sicht schwierig sein dürfte. Auch die Ansiedlung weiterer Fachärzte erscheint problematisch, da diese die Zulassung der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung benötigen. Die Einrichtung eines Bürgerparks als ‚grüne Lunge‘ wäre durchaus denkbar und könnte in die künftigen Planungen miteinbezogen werden.

**c) Bahnhof**  
**Steigerung der Attraktivität**

Der Bürgermeister stellte bzgl. des Wunsches einer Bürgerin, den Bahnhof attraktiver zu gestalten, fest, dass dies eine Angelegenheit der Bahn sei, da diese Eigentümerin des Bahnhofs ist. Der Bürgermeister sagte zu, diese Thematik in einem Gespräch, das am 18.12.2012 stattfindet, mit dem Vertreter der Deutschen Bahn zu besprechen.



# **S**itzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

**17.12.2012**

GR - 12/21

022.31

N 2.

Titel; Thema **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderates vom 26.11.2012**

Die Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats am 26.11.2012 wurde ohne weitere Aussprache einstimmig genehmigt.

	<b>SITZUNGSVORLAGE</b> Gemeinderat	<b>17.12.2012</b> <b>GR - 12/21</b> 022.32-bk <b>TOP 3.</b>
---	---------------------------------------	--

Titel; Thema **17.12.2012 Niederschrift zur Sitzung Gemeinderat (öffentlich)**  
**Niederschrift zur Veröffentlichung**

**Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:**

Durch das Bauvorhaben der Gebrüder Stellberg auf dem Grundstück Fl.-Nr. 6477 der Gemarkung Neudorf im Gebiet „Mitte Zentrum / Bahnhofsring“ ist es notwendig, bestehende Abwasser- und Frischwasserleitungen aus dem Baufeld heraus zu verlegen. Da der Baubeginn des ersten Wohngebäudes für den 01.04.2013 avisiert ist, ist die Verlegung der Ver- und Entsorgungsleitungen in einem sehr engen Zeitfenster durchzuführen.

Dabei soll die neue Lage der Leitungen jeder denkbaren künftigen Bebauung im Gebiet die größtmögliche Freiheit lassen und weitere Entwicklungspotentiale offen lassen.

Herr Schenk vom Ingenieurbüro Schenk stellt in der Sitzung die möglichen Leitungsverläufe und die Kosten der Maßnahmen dar.

Haushaltsmittel werden, wie bereits in der Beratung zum Haushalt 2013, erläutert in einem Nachtragshaushalt zu Verfügung gestellt werden müssen.

Die nach öffentlicher Ausschreibung vorzunehmenden Maßnahmen müssen bis spätestens Anfang April 2013 abgeschlossen sein.

Anlagen:

keine

Beschlussvorschlag:

Auftragsvergabe über die Planung und Durchführung der Maßnahme an das Ingenieurbüro Dipl.-Ing. Hartmut Schenk.

Beratung und Beschluss über die Leitungsverläufe und Umsetzung nach öffentlicher Ausschreibung.

Finanzielle Auswirkungen

- |    | Ja | Nein  |
|----|----|---|
| 1. |    | Gesamtkosten der Maßnahme                         |
| 2. |    | Finanzierung der Maßnahme                         |
|    |    | a) Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge) |
|    |    | b) Sonstige Eigenmittel (Allgem. Deckungsmittel)  |
|    |    | c) Fremdmittel/Kreditbedarf                       |
| 3. |    | Folgekosten                                       |
|    |    | a) einmalig                                       |
|    |    | b) jährlich                                       |
| 4. |    | Veranschlagung bei Haushaltsstelle                |
|    |    | im a) Verwaltungshaushalt 200                     |
|    |    | b) Vermögenshaushalt 200                          |

Umwelt-Einfluss:

Diskussion und Sitzungsverlauf:

Der Bürgermeister stellte den Tagesordnungspunkt vor und bat Herrn Dipl. Ing. Schenk um nähere Erläuterung des Sachverhalts.

/ Herr Schenk stellte anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, den derzeitigen Bestand der Abwasser- und Frischwasserleitungen im Bereich „Mitte Zentrum/Bahnhofsring“ vor und zeigte 3 Varianten zur Verlegung der vorhandenen Leitungen auf. Der Planer schlug vor, die Variante 3 zu realisieren, da diese nach seiner Auffassung die flexibelste Lösung darstellt und hierbei alle künftigen Möglichkeiten offen gehalten werden. Die Variante 3 würde einen Kanalbau mit einer Länge von 420 m erfordern mit einem Kostenaufwand von rund 240.000 Euro und wäre somit 60.000 Euro teurer als die Variante 2. Diese Mehrkosten könnten jedoch dadurch kompensiert werden, dass das nördlich gelegene diagonale Teilstück der geplanten Eichendorffstraße nicht als Straße ausgebaut werden müsste, was nach Ansicht des Planers auch nicht erforderlich sei. Im ersten Bauabschnitt könnte somit der Kanal aus dem Grundstück Flst. Nr. 6477 herausgenommen werden und weitere Baumaßnahmen bei einer künftigen Sanierung der Hauptstraße durchgeführt werden. Die Kosten für den 1. Bauabschnitt nach Variante 3 würden sich auf 220.000 Euro belaufen. Herr Schenk stellte nachfolgend den zeitlichen Ablauf der Maßnahme vor und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es zur Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans erforderlich war, im Vorgriff eine Ausschreibung durchzuführen, die am 15.12.2012 öffentlich bekannt gemacht worden ist.

In der nachfolgenden Beratung wurde von [Name] die geschilderte Vorgehensweise im Hinblick auf die Ausschreibung der Kanalverlegung moniert, da bereits vor dem zu fassenden Gemeinderatsbeschluss eine Ausschreibung erfolgt ist. Der Planer stellte hierzu fest, dass eine öffentliche Ausschreibung aufgrund des Auftragsumfangs vorzunehmen war und der 15.12.2012 der letztmögliche Termin war, um eine Ausschreibung durchzuführen, damit die Verlegungsarbeiten termingerecht durchgeführt werden können. Es wurde die Variante 3 ausgeschrieben, wobei eine Aufhebung der Ausschreibung möglich sei, sofern sich der Gemeinderat nicht für diese Variante aussprechen sollte. Im weiteren Verlauf der Beratung sprachen sich verschiedene Mitglieder des Gemeinderats für die Umsetzung der vorgeschlagenen Variante 3 aus. [Name] regte an, zeitgleich mit der Verlegung der Versorgungsleitung den Bau des öffentlichen Parkplatzes anzugehen und bewährte und bekannte Firmen auf die erfolgte Ausschreibung hinzuweisen. Des Weiteren wurde im Hinblick auf die Änderung des Bebauungsplanes zum einen darauf hingewiesen, dass entsprechende Gehwege vorgesehen werden sollen und zum anderen einen Aufstellplatz für Drehleitern der Feuerwehr vorzusehen wäre.

Der Bürgermeister sagte nach Abschluss der Beratung zu, den Gemeinderäten/innen die Pläne der Variante 3 zu übersenden.

Der Gemeinderat sprach sich einstimmig für die Umsetzung der Variante 3 aus.

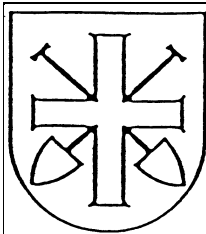
Abstimmungsergebnis:

**Einstimmig**    Ja-Stimmen \_\_;    Nein-Stimmen \_\_;    Enthaltungen \_\_;

Befangenheit:

An der Beratung und Beschlussfassung haben keine Mitglieder des Gemeinderates mitgewirkt, die gem. § 18 GemO als befangen gelten. Oder:

Wegen Befangenheit haben nicht mitgewirkt:



# Sitzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

17.12.2012

GR - 12/21  
022.31-ad/mr  
N 4.

Titel; Thema

## **Bauanträge**

**1. Anbau einer Lagerhalle, Karlsruher Straße 98**

**2. Neubau von Dachgauben und Balkon, Wiesenstraße 17**

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

### **1. CX Basis, Jochen Heusler**

**Karlsruher Straße 98 / Lgb.-Nr. 7000**

Anbau einer Lagerhalle an bestehendes Gebäude

Entscheidung über das Einvernehmen nach § 36 i. V. m. § 34 BauGB

### **2. Eheleute Kißling**

**Wiesenstraße 17 / Lgb.-Nr. 4018/14**

Neubau von Dachgauben und Anbau eines Balkons an bestehendem Wohnhaus

Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nord I (Ziffer 2.1.2) bezüglich der Dachgauben

Beschlussvorschlag:

Diskussion und Sitzungsverlauf:

### **1. CX Basis, Jochen Heusler**

**Karlsruher Straße 98 / Lgb. Nr. 7000**

[Name], [Name] und [Name] erklärten sich für befangen und begaben sich in den Zuhörerbereich.

Der Bürgermeister erläuterte anhand eines Lageplans den Sachverhalt und gab hierzu entsprechende Erläuterungen.

Der Gemeinderat erteilte einstimmig das Einvernehmen nach § 36 i.V. mit § 34 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

**X** Einstimmig Ja-Stimmen \_\_; Nein-Stimmen \_\_; Enthaltungen \_\_;

Befangenheit:

An der Beratung und Beschlussfassung haben keine Mitglieder des Gemeinderates mitgewirkt, die gem. § 18 GemO als befangen gelten. Oder:

Wegen Befangenheit haben nicht mitgewirkt: **Frau Freisinger, Herr Frick, Herr Müller**



**2. Eheleute Kißling  
Wiesenstraße 17 / Lgb.-Nr. 4018/14**

[Name] erklärte sich für befangen und begab sich in den Zuhörerbereich.

Der Bürgermeister stellte den Sachverhalt dar und gab hierzu Erläuterungen anhand der vorliegenden Pläne.

Der Gemeinderat stimmte der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nord I (Ziffer 2.1) bzgl. der Dachgauben einstimmig zu.

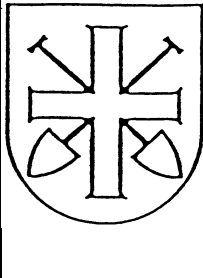
Abstimmungsergebnis:

**X** Einstimmig    Ja-Stimmen \_\_;    Nein-Stimmen \_\_;    Enthaltungen \_\_;

Befangenheit:

An der Beratung und Beschlussfassung haben keine Mitglieder des Gemeinderates mitgewirkt, die gem. § 18 GemO als befangen gelten. Oder:

Wegen Befangenheit haben nicht mitgewirkt: **Herr Herzog**

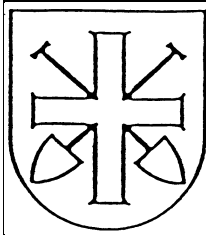
	<b>S</b> itzungsvorlage Gemeinderat öffentlich	<b>17.12.2012</b> GR - 12/21 022.31 N 5.
---	--	---

Titel; Thema **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung**

Der Bürgermeister gab gem. § 35 GemO folgenden, in den nicht öffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 26.11.2012 und 10.12.2012 gefassten Beschluss bekannt:

**1. Ergänzungssatzung Spöcker Straße (Süd)**  
**Bebauung Spöcker Straße**

Der Gemeinderat sprach sich gegen den Vorschlag aus, allen betreffenden Grundstückseigentümern im südlichen Teil der Spöcker Straße die Möglichkeit zu bieten, an einer Umlegung teilzunehmen und eine Ausweisung von Bauflächen in Form einer Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB mit Bodenordnung im vereinfachten Umlegungsverfahren vorzunehmen.



# **S**itzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

**17.12.2012**

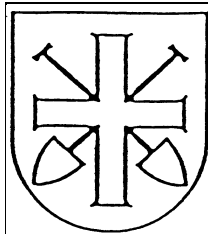
GR - 12/21

022.31

N 6.

Titel; Thema **Verschiedenes**

- Keine Punkte -



# Sitzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

17.12.2012

GR - 12/21  
022.31  
N 7.

Titel; Thema **Wünsche, Anregungen, Anträge und Beschwerden**

## a) Veröffentlichung der Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushalt 2013

Der Bürgermeister teilte auf Anfrage mit, dass die Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushalt 2013 im Mitteilungsblatt am 20.12.2012 veröffentlicht wird, nachdem im Mitteilungsblatt am 13.12.2012 versehentlich die Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushalt 2012 veröffentlicht wurde.

## b) Baumbestand zwischen Ehrenhain und Freibad

[Name] regte an, von den im o.g. Bereich stehenden 12 Linden nach Möglichkeit so viele als möglich zu erhalten.

Der Bürgermeister teilte diesbezüglich mit, dass die Bäume durch einen Mitarbeiter des Bauamts besichtigt wurden und hierbei Mängel festgestellt werden mussten. Herr Reinwald sprach sich dafür aus, zur Vermeidung von Unfallgefahren einen Baumsachverständigen mit der Begutachtung der Bäume zu beauftragen.

## c) Freibad Dachdeckerarbeiten

[Name] wies darauf hin, dass im Freibad derzeit die Dachdeckerfirma Klar tätig ist und fragte an, ob im Freibad eine größere Reparatur ansteht. Der Bürgermeister sagte eine Klärung des Sachverhalts und Information des Gemeinderats zu.

## d) Kindergarten Arche Noah Dachsanierung

Auf Anfrage aus dem Gemeinderat teilte der Bürgermeister mit, dass das Dach des Bestandsgebäudes saniert wird und diese Kosten in den Gesamtkosten enthalten sind.